

Linkskommunismus

A: šuyū'īya al-yasāriya. – E: left communism.

F: communisme de gauche. – R: levyj kommunizm.

S: comunismo de izquierda.

C: zuǒpài gōngchǎn zhūyì 左派共产主义

Die Oktoberrevolution, die die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte 1917 in Russland an die Macht gebracht hatte, »wurde überall als welterschütterndes Ereignis empfunden« (HOBBSAWM 1994/2002, 91). Die regierenden Bolschewiki hatten sich zum Ziel gesetzt, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten – ohne Armut, Hunger und Unterdrückung. Nur ein Jahrzehnt später hatte sich dieses Projekt jedoch in sein Gegenteil verkehrt: Arbeiter wurden ausgebeutet, Andersdenkende in Arbeitslager gesteckt, dissidente Kommunisten politisch verfolgt. Der Staat, der aus der Revolution hervorgegangen war, nannte sich zwar »Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken« (UdSSR), doch die einzelnen Teilstaaten waren Ende der 1920er Jahre weder sozialistisch noch Räterepubliken und auch von einer Union, also einem freiwilligen und gleichberechtigten Zusammenschluss, konnte keine Rede sein. Stattdessen entwickelte sich zunehmend eine Ein-Parteien-Herrschaft mit STALIN und seiner Gefolgschaft an der Spitze. Die kommunistischen Parteien des Auslands gerieten in deren Abhängigkeit und entfernten sich von ihren ursprünglichen Idealen.

Schon früh setzten sich Kommunisten aus verschiedenen Ländern gegen diese Entwicklung zur Wehr. Einige von ihnen wurden Linkskommunisten genannt oder bezeichneten sich selbst so. Diese kritisierten den Aufstieg des Stalinismus in der SU ebenso wie die Stalinisierung der KPn und den damit einhergehenden Abbau innerparteilicher Demokratie. Der L stand also für einen alternativen, von Moskau unabhängigen Weg. Doch lassen sich nur wenige Merkmale benennen, die alle Linkskommunisten einten. Es handelt sich beim L vielmehr um eine heterogene Strömung mit engen inhaltlichen und personellen Überschneidungen zum Rätekommunismus, zum Syndikalismus oder auch zum Trotzismus. Nicht selten werden Vertreter des L auch als »Ultralinke« oder »Linksradikale« bezeichnet.

Die bekanntesten Akteure des L waren der Italiener Amadeo BORDIGA, der Österreicher Kurt LANDAU, die Niederländer Herman GORTER und Anton PANNEKOEK sowie Ruth FISCHER, Iwan KATZ, Karl KORSCH, Arkadij MASLOW, Franz PFEMFERT, Hugo URBAHNS, Werner SCHOLEM und ERNST SCHWARZ aus Deutschland. Auch die sowjetischen Oppositionellen Lew KAMENEW, Karl RADEK, Grigori SINOWJEW und Leo TROTZKI gehörten im weitesten Sinne zu

dieser Strömung. Am stärksten ausgeprägt war der deutsche L.

1. Gérard MOLINA (1986, 775f) reduziert das Phänomen ausschließlich auf eine Gruppe von Bolschewiki um Nikolai BUCCHARIN, die sich im Januar 1918 gegen einen separaten Frieden mit dem Deutschen Reich aussprach und »alle Hoffnungen auf eine Weltrevolution« setzte. Sie lehnte LENINS Konzept des »Staatskapitalismus« als einer vermeintlich notwendigen Übergangsphase während des Bürgerkriegs ab und sprach sich »für die Arbeiterkontrolle, für den ›vollständigen Untergang‹ der Bourgeoisie und für die Kollektivierung des Bodens« aus. Im Sommer 1918, mit der Entfesselung des Bürgerkriegs, der die Bolschewiki wieder zusammenführte, sei sie »von selbst« verschwunden.

Hans Manfred BOCK (1969) hingegen fasst L weiter. Er bezieht sich zwar v.a. auf eine Strömung in Deutschland, die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg existierte und eng mit dem Syndikalismus verbunden war. Doch zeigt er deren Wurzeln in der Vorkriegssozialdemokratie auf und verweist auf international vergleichbare Phänomene. Für ihn sind die »konstitutiven Programmpunkte« des L: der positive Bezug auf die Rätebewegung, die Kritik an bürokratischen Tendenzen und die Ablehnung der Mitarbeit in den Parlamenten und den etablierten Gewerkschaften (1988, 525). Ähnlich beschreibt Otto LANGELS eine Strömung innerhalb der KPD als »eine politische Richtung«, die »die Aktualität der Revolution propagierte, Übergangsforderungen [...] weitgehend ablehnte und die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Organisationen nur als Einheitsfront an der Basis und nicht als Vereinbarung leitender Gremien gelten lassen wollte [...]. Das, was sie unter Marxismus verstanden, zu verteidigen, war ihnen wichtiger als die Gewinnung von Macht und Einfluss.« (1984, 2f) Langels bezeichnet sie meist als »ultralinke« Kommunisten, sie selbst nannten sich aber auch »linkskommunistisch«.

Folgt man BOCK und LANGELS, so vertraten viele Linkskommunisten Positionen, die schon LENIN in LR (1920) kritisiert hatte, etwa die Ablehnung der Mitarbeit in »reformistischen« Gewerkschaften, der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Parteien (Einheitsfront), der Mitarbeit in bürgerlichen Parlamenten. Die meisten strebten eine Räteherrschaft an und verstanden sich als Internationalisten. Daneben gab es auch Linkskommunisten, die die Mitarbeit in den bestehenden Gewerkschaften befürworteten, glühende Verfechter der Einheitsfrontpolitik oder sogar als Parlamentarier aktiv waren. Einige sahen sich stets als Teil der kommunistischen Bewegung, kämpften für deren Reform, andere brachen irgendwann mit ihr.

Außer der gemeinsamen politischen Herkunft und der Tatsache, dass sie sich als Revolutionäre und Marxisten verstanden, existiert kein alle Akteure verbindendes Merkmal. Analog zu Christoph JÜNKES Feststellung über den Linkssozialismus kann auch der L »weder formal-begrifflich noch politisch-programmatisch« bestimmt, sondern nur »als eine historische Problemkonstellation« begriffen werden (2010, 8f). Der Begriff umfasst also politische Strömungen der Zwischenkriegszeit, deren Vertreter ursprünglich aus den Parteien der Komintern stammten und sich als »linke« Kritiker dieser ansahen. Die meisten Anhänger des L verließen jedoch im Verlauf der 1920er Jahre die KP ihres Heimatlandes – in den wenigsten Fällen jedoch freiwillig. Sie organisierten sich zunächst als Fraktionen innerhalb, später oft außerhalb dieser Parteien.

L war sowohl Fremd- als auch Selbstbezeichnung. Vertreter der kommunistischen Parteiführungen stigmatisierten mit dem Ausdruck vermeintliche »Abweichler« und »Sektierer«. Die Adjektive »linkskommunistisch«, »linksradikal« und »ultralinks« wurden in diesem Zusammenhang häufig synonym verwendet. In einem Papier der KPD-Führung heißt es beispielsweise: »Der Hauptfeind in der jetzigen Phase der Parteientwicklung ist die kleinbürgerlich-opportunistische Abweichung unter ›linker‹ Maske, die in den verschiedenen ultralinken Gruppen [...] außerhalb und innerhalb der Partei ihre politische und organisatorische Verkörperung findet« (*Resolution zu den Ergebnissen der Parteidiskussion*, 24.2.1927; zit.n. Bois 2014, 227). Zugleich wählten die entsprechenden Gruppen den tautologisch anmutenden Begriff L als Selbstbezeichnung, um zu betonen, dass sie die »wahren« Linken sind. Manche trugen ihn im Organisationsnamen, so etwa der 1926 gegründete »Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen« oder die »Linken Kommunisten« im Reichstag und im Preußischen Landtag (ebd., 497-510). Ihrer Überzeugung nach vertraten sie die ursprüngliche Tradition des Kommunismus: »Zurück zu LENIN, zum wirklich echten, unverfälschten Leninismus« lautete etwa die Losung, unter der im September 1926 knapp 700 oppositionelle KPD-Mitglieder an die Parteipublikum traten (*Erklärung zur russischen Frage*; Bois 2014, 219) – allerdings beriefen sich nicht alle Linkskommunisten auf Lenin.

Darüber hinaus diente die Selbstbezeichnung für manche als Abgrenzung zu den sog. »rechten Kommunisten«, einer internationalen Strömung, die Ende der 1920er Jahre entstand und sich an BUCCHARIN orientierte, der entgegen seinen früheren von LENIN kritisierten Auffassungen nunmehr eine moderate Politik beim Übergang zum Sozialismus bes. im Verhältnis zu den Bauern verfolgte. Zu ihr gehörte z.B. die Rich-

tung um Karl KILBOM in Schweden oder die KPO um August THALHEIMER und Heinrich BRANDLER in Deutschland. Diese Gruppierungen kritisierten zwar die Politik der Komintern und deren Entdemokratisierung, doch hielten sie sich bis Mitte der 1930er Jahre mit Stellungnahmen zu den Entwicklungen in der SU zurück. Nicholas KOZLOV und Eric D. WEITZ weisen allerdings zu Recht darauf hin, dass die Bezeichnungen »Rechte« und »Linke« in Bezug auf innerkommunistische Politik mehr verschleiern als erklären (1992, 139). Hermann WEBER zufolge stellte »die grobe Unterscheidung in ›Rechtskommunisten‹ oder ›Linkskommunisten‹ [...] nicht nur eine starke Vereinfachung« dar, sondern lenkte zudem von der »Hauptgefahr STALIN« ab, »der solche Richtungen nur instrumentell ausnutzte« (2004, 388).

2. In der historischen Entwicklung des L lassen sich drei Phasen unterscheiden. Die erste umfasst die Zeit zwischen 1917 und 1923, als revolutionäre Bewegungen etliche Staaten Europas erfassten und in vielen dieser Länder KPn entstanden; die zweite ist gekennzeichnet durch die Stalinisierung der Komintern (1924 bis 1928); die dritte durch deren »ultralinke Wende« ab 1929.

2.1 Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg waren von Streiks, Revolten und Aufstandsbewegungen geprägt. Millionen Menschen gingen zwischen Petrograd und Barcelona auf die Straße. Sie protestierten für Frieden und gegen die schlechte Versorgungslage infolge des Kriegs. Vielfach entmachteten Soldaten ihre Offiziere, Arbeiter besetzten die Fabriken und Bauern das Land; in vielen Regionen bildeten sich Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Vor diesem Hintergrund entstand die vom Rätekommunismus und Syndikalismus geprägte Strömung, die LENIN zu LR veranlasste.

In der jungen KPD vertraten PFEMFERT, OTTO RÜHLE, FRITZ WOLFFHEIM und GORTER diesen Flügel. Ein Konfliktpunkt war die Haltung der Partei zu den Freien Gewerkschaften. Während die Führung um Rosa LUXEMBURG und – nach ihrem Tod – Paul LEVI für die Mitarbeit eintrat, vertrat der linke Flügel die Ansicht, die traditionelle Trennung zwischen Partei und Gewerkschaften müsse aufgehoben werden. Die Freien Gewerkschaften sollten »vernichtet« werden (GORTER 1920, 22) und an ihrer Stelle Einheitsorganisationen entstehen, die sowohl ökonomische als auch politische Aufgaben erfüllen. Ein zweiter Streitpunkt betraf die Frage, ob sich die neue KP an Parlamentswahlen beteiligen solle. Die Linkskommunisten lehnten dies ab, da das zu einer Vernachlässigung der außerparlamentarischen Aktivität und der Arbeit in den Räten führen würde. Zudem befürchteten viele, mit einer Wahlbeteiligung ins »reformis-

tische« Lager abzurufen, von dem man sich gerade erst getrennt hatte. Ein drittes Konfliktfeld war die Organisationsfrage. Als LEVI sich für eine stärkere Zentralisierung der Partei aussprach, damit diese kein loses Netzwerk lokaler Gruppen bleibe, warfen ihm Linkskommunisten vor, »die Führerdiktatur in der KPD« errichten zu wollen (*Komm. Arbeiter-Zeitung [KAZ] Hamburg*, 1919, Nr. 153; zit.n. Bock 1976, 91). Statt stärkerer Zentralisierung bevorzugte die linke Opposition ein antiautoritär-föderalistisches Parteimodell. Ein Großteil der Mitglieder, die sich durch Krieg und Revolution radikalisiert hatten, unterstützte diese Position.

Die Konflikte führten schließlich auf dem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 zur Spaltung. Mehr als ein Drittel der knapp 100 000 Mitglieder schied aus und gründete die KAPD, die »im Gedanken des Rätesystems durchgearbeitet« sein sollte (*KAZ Groß-Berlin*, 1920, Nr. 90; Bock 1976, 98). Die Frage laute nicht »Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus«, sondern »Sozialreform oder Revolution«: »Parlamentarismus ist gleichbedeutend mit Konterrevolution, Antiparlamentarismus ist Revolution selbst« (ebd.). Auch in der Gewerkschaftsfrage blieben die Linkskommunisten ihrer Haltung treu. Da sie die Freien Gewerkschaften weiterhin für nicht reformierbar hielten, arbeiteten sie in der im Februar 1920 gegründeten Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU) mit.

Anders als häufig dargestellt (z.B. bei WEBER 1969, 39), war die KAPD zunächst keine anti-bolschewistische Partei. Sie hatte zwar mit der KPD, aber keineswegs mit Moskau gebrochen. So verabschiedete der Gründungskongress eine Resolution, in der es hieß, die KAPD stehe »vorbehaltlos auf dem Boden der 3. Internationale« (*KAZ Groß-Berlin*, 1920, Nr. 90; Bock 1969, 253). Zudem entsandte sie Vertreter in deren Exekutivkomitee und zu den Weltkongressen. Auch LENIN unterstützte, gegen den Willen der KPD-Führung, die Zugehörigkeit der KAPD zur Komintern (als »sympathisierende Partei«). Tatsächlich waren die Differenzen noch nicht gravierend. Bei ihrer Gründung war die Komintern, auf dem Höhepunkt der revolutionären Welle, noch selbst davon ausgegangen, dass Arbeiterräte die Gewerkschaften ersetzen würden. Doch schon bald zeichnete sich ab, dass für die Bildung einer linken Opposition in der Internationale keine Bündnispartner zu finden sein würden. Zudem drängte die Kominternführung darauf, dass sich die KAPD nun doch mit der KPD vereinigen solle, die durch den Übertritt des linken Flügels der USPD zur Massenpartei geworden war. Im Sommer 1921 kam es zum Bruch mit der Komintern. Erst jetzt entfernte sich die KAPD vom Partei-kommunismus sowjetischer Prägung.

Bemerkenswert ist, dass der deutsche L eine Zeit lang ein Massenphänomen war. Die Einschätzung, der Kapitalismus stehe kurz vor seinem Zusammenbruch, erschien vielen plausibel. So schlossen sich allein der KAPD bis zu 40 000 Menschen an. Zudem hatten Anfang der 1920er Jahre die ihr nahestehenden syndikalistischen Gewerkschaften (AAU-E, FAUD und Union der Hand- und Kopfarbeiter) gemeinsam über 300 000 Mitglieder.

Auch in anderen Ländern wurden Organisationen gegründet, die ähnliche Positionen vertraten. In Großbritannien existierte ein kleiner Zirkel um die Theoretikerin Sylvia PANKHURST. In Bulgarien gab es eine knapp 1000 Mitglieder starke KAP. In der SU lassen sich Timofej SAPRONOW, Alexandra KOLLONTAI und Gawril MJASNIKOW dem L zuordnen. Bedeutsam war der L in den Niederlanden mit der 1921 gegründeten Kommunistischen Arbeiterpartij Nederland. Ihre führenden Köpfe waren die zeitweilig in Deutschland lebenden GORTER und PANNEKOEK. Nicht zuletzt deshalb gab es eine enge Zusammenarbeit mit den deutschen Linken.

2.2 Die Phase der Stalinisierung ab 1924 brachte zahlreiche oppositionelle Gruppen innerhalb der Komintern hervor, die für deren Reform kämpften. Es handelt sich um eine Art »zweite Generation« des L, denn es gab kaum personelle Überschneidungen zu den Oppositionellen der Jahre zuvor, die sich bereits größtenteils außerhalb der Parteien der Komintern bewegten. In Deutschland wurde der L zunächst zur dominanten Strömung innerhalb der KP. Gegen den Willen der Kominternführung wählten die Delegierten des 9. Parteitags im April 1924 eine Parteispitze, in der prominente Vertreter des L dominierten; Ruth FISCHER wurde Parteivorsitzende. Mit dem Sieg der Linken ging ein radikaler Kurswechsel einher: Die neue Parteiführung verwarf den Einheitsfrontkurs der vergangenen zwei Jahre und erklärte »die völlige Liquidation der SPD« (THALHEIMER 1924, 604) zur zentralen Aufgabe. Trotz zunehmender Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtete sie weiterhin die »Organisation der Revolution« als Hauptaufgabe (*Bericht*, 1924, 121).

Schon bald geriet die Partei in Konflikt mit Moskau. Im Spätsommer 1925 warf die Komintern-Exekutive ihr eine Reihe von »Abweichungen« vor und prangerte »antimoskowitzische« Tendenzen an (zit.n. Bois 2014, 164f). Vertreter des linken Parteiflügels wie FISCHER, MASLOW, URBAHNS und SCHOLEM wurden daraufhin aus der Führung gedrängt, bald auch aus der Partei ausgeschlossen. Ernst THÄLMANN rückte an die Spitze. Udemokratische Strukturen und dogmatische Positionen wurden dominant. Die SU wurde »zum heiligen Land stilisiert, Marx, Engels, Lenin [...] wie Religionsstifter verehrt« (KOCH-

BAUMGARTEN 1986, 39). THÄLMANN selbst wurde bald als »unfehlbarer Führer« zu einer »deutschen Kopie« STALINS (WEBER 1961, 38).

In der SU taten sich 1926 TROTZKI, SINOWJEW und KAMENEW zur Vereinigten Opposition gegen STALIN zusammen. Sie kritisierten dessen »Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande«, prangerten die Bürokratisierung innerhalb der Partei an und forderten, die Industrie gegenüber der Agrarwirtschaft zu stärken, sowie mehr Arbeiterdemokratie bei der Entwicklung der Industrie.

Auch für die Linkskommunisten in anderen Ländern stand die »russische Frage« nun im Vordergrund. Die Einschätzungen, welchen Charakter der Sowjetstaat habe, reichten von »Staatskapitalismus« (FISCHER, SCHOLEM; zit.n. Bois 2014, 213) über »offen kapitalistisch« (Iwan KATZ, *Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter der KPD-Opposition (Linke KPD)*, Nr. 20, 31.7.1926) bis hin zu »roter Imperialismus« (KORSCH; zit.n. Weber 1969, 153). Doch einig waren sich die Linkskommunisten darin, dass die innerparteiliche Diskussion darüber überhaupt erst zugelassen werden müsse. Denn die Kominternführung hatte im Februar 1926 beschlossen, die »russische Frage« nicht zu behandeln und auch in den einzelnen Sektionen keine Diskussion darüber zu erlauben (WEBER 1969, 143). In Deutschland veröffentlichten Linkskommunisten 1926 den sog. *Brief der 700*. Darin konstatieren sie einen »in der Partei herrschenden Belagerungszustand« und eine »Atmosphäre der Heuchelei, der Angst, der Unsicherheit, der Zersetzung«. Auch in der Komintern sei die Atmosphäre »vergiftet«. Sie verlangen die Veröffentlichung der Dokumente der russischen Opposition. »Wir sind fest überzeugt davon, dass die Mehrheit der kommunistischen Arbeiter sich für die Leningrader Opposition erklären würde, wenn sie die Möglichkeit hätte, die wirklichen Gegensätze in unserer russischen Bruderpartei auf Grund einwandfreier Informationen und einer allseitigen Diskussion kennenzulernen« (*Erklärung zur russischen Frage*; Bois 2014, 219).

STALIN trug indirekt zur nun beginnenden stärkeren internationalen Vernetzung der Opposition bei, indem er sich zahlreicher Oppositioneller durch »administrative Verschickung« entledigte: Junge Ökonomen wurden Handelsvertretungen im Ausland zugeteilt und bekannte Parteimitglieder als Botschafter entsandt. Auf diese Weise konnte v.a. die Vereinigte Opposition der KPdSU ihre internationalen Kontakte ausbauen. Die »Politische Vertretung der UdSSR«, wie sich die Botschaft in Berlin offiziell nannte, wurde zum Zufluchtsort für Oppositionelle. Hier arbeiteten Trotzkiisten wie Sergei BESSONOW und Anhänger SINOWJEWS wie Alexander GERZBERG.

Geleitet wurde sie von Nikolai KRESTINSKI, der 1919 noch Mitglied des fünfköpfigen Politbüros der Russischen KP (neben LENIN, TROTZKI, KAMENEV und STALIN) und nun ein Oppositioneller war. Ähnliches galt für die Botschaft in Paris (vgl. Broué 1997, 17f).

Auch KORSCH versuchte, die internationale antistalinistische Opposition zu sammeln. Er nahm Kontakt mit dem Norweger Arvid HANSEN, dem früheren Vorsitzenden der polnischen KP Henryk STEIN und dem moskauer Oppositionellen Timofej SAPRONOW auf. Er bemühte sich erfolglos um eine Aktionsgemeinschaft mit der italienischen Linken um BORDIGA. Später suchte er auch das Gespräch mit PANNEKOEK »über die Frage nach den Formen einer neuen internationalen Gruppierung der revolutionären proletarischen Kräfte« (Brief v. 2.2.1928; GA 8, 356).

Zumindest in Deutschland war der L in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre noch eine relevante Kraft. Vorsichtig geschätzt, verteilen sich mehr als 20000 Unterstützer auf die verschiedenen Gruppen. Dazu gehörten auch etliche aktuelle und ehemalige ZK-Mitglieder, Reichs- und Landtagsabgeordnete. Die linkskommunistische Presse erreichte Zehntausende Leser (Bois 2014, 525).

Die KPD-Linke war vielerorts in der lokalen Arbeiterbewegung verankert, wie eine Untersuchung der linkskommunistischen Anhängerschaft zeigt; zwei Drittel bezeichneten sich als Industrie- und Facharbeiter (405-24). Die deutsche Linke sei »weder eine Randgruppe von Apparatschiks« gewesen »noch ein eingeschworener Intellektuellenkreis wie ihre französische Entsprechung, sondern Ausdruck einer tatsächlich vorhandenen Bewegung in der deutschen Arbeiterklasse – oder genauer gesagt, jener für Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg typischen Strömung, die man als »proletarischen Linksradikalismus« bezeichnen könnte« (BROUÉ 1989, 8). Solange es ging, veröffentlichten die Linkskommunisten in der Parteipresse, brachten Resolutionen in Mitgliederversammlungen ein und stellten bei KPD-Veranstaltungen ihre Positionen zur Debatte. Doch im Verlauf des Jahres 1926 verschärfte die KPD-Führung den Kampf und schloss Tausende aus. Dabei schob sie stets unpolitische Gründe vor, etwa »Disziplinbruch« oder die Veruntreuung von Geldern.

Die Opposition war bereits in verschiedene Gruppen gespalten. Einige zogen den Schluss, die KPD sei nicht reformierbar, und gingen auch politisch auf Distanz. Die Anzahl der Mitglieder stagnierte, manche Gruppen lösten sich auf. Andere hingegen behielten das Ziel im Auge, die Stalinisierung zu stoppen. Gezwungenermaßen bauten sie eigene Strukturen auf, was zu Ostern 1928 in die Gründung des Leninbundes mündete. Dieser schien die Zersplitterung überwinden zu können; zwischen

3000 und 6000 Oppositionelle schlossen sich ihm an, darunter mit FISCHER, MASLOW, SCHOLEM und URBAHNS auch einige bekannte KPD-Kritiker. Doch zerbrach er alsbald an der Frage der Wahlbeteiligung. Die Haltung der Kritiker fasst SCHOLEM zusammen: Die Entscheidung für eigene Listen »bedeutet faktisch die Bildung einer zweiten Kommunistischen Partei, obwohl klar ist, dass für diese Partei keine Daseinsmöglichkeit und keine Daseinsberechtigung besteht [...]. Abseits von der Masse der revolutionären Arbeiter muss diese Partei elend zugrunde gehen« (*Fabne des Kommunismus*, Nr. 20, 18.5.1928). Prominente wie FISCHER, MASLOW und SCHOLEM kehrten dem Bund den Rücken, womit nach der KAPD der zweite Versuch gescheitert war, eine schlagkräftige Organisation aufzubauen.

2.3 Ab Ende der 1920er Jahre befand sich der deutsche L im organisatorischen Niedergang. Ein programmatischer Aspekt spielte dabei eine wichtige Rolle, der »Linksschwenk« der Komintern. In der SU begann die Politik der Fünfjahrpläne und der beschleunigten Industrialisierung. Der im März und April 1928 stattfindende vierte Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale proklamierte die »Einheitsfront von unten«, und in Deutschland gab das ZK zur selben Zeit die Losung aus, die »Hauptgefahr« in der Partei komme nun von rechts. Außerhalb wurde die Sozialdemokratie zum Hauptfeind. Nicht wenige Linke sahen darin eine Bestätigung ihrer Positionen und gingen zurück zur KPD. Diejenigen, die in den linkskommunistischen Organisationen verblieben, wurden umgekehrt zu Anhängern der Einheitsfrontpolitik. Spätestens jetzt zeigte sich die Beschränktheit der Links/Rechts-Zuschreibung. Die Partei- und Kominternführung stand nun »links« von der linken Opposition; diese hingegen übernahm Auffassungen, die sie lange als »rechts« bekämpft hatte.

Zur Einheitsfrontpolitik kam die Linke unter maßgeblichem Einfluss von TROTZKI. Lange hatte der Dissident in der KPD wie in der Opposition als »Unperson« gegolten. Doch durch sein Bündnis mit SINOWJEW und KAMENEV wurde er auch für die deutschen Linken akzeptabel. Als die beiden schließlich im Dezember 1927 vor STALIN »kapituliert« hatten, blieb nur noch TROTZKI als Verbündeter übrig, wie sich Georg JUNGCLAS erinnert: »TROTZKI musste sich in Deutschland eigentlich mit Leuten verbünden, mit denen er gar nicht übereinstimmte, mit Hugo URBAHNS, WEBER aus Ludwigshafen, Ruth FISCHER usw.« (1980, 48). Unterm Einfluss TROTZKIS spaltete sich im Frühjahr 1930 eine Minderheit vom Leninbund ab und konstituierte sich zur Vereinigten Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), der ersten trotzkistischen Organisation in Deutschland.

TROTZKI und die deutschen Linkskommunisten konzentrierten sich seit 1930 v.a. auf den Kampf gegen den Faschismus und verfolgten dabei einen anderen Weg als die KPD-Führung, die den Hauptfeind in den »Sozialfaschisten« der Sozialdemokratie sah: »Die Sozialfaschisten wissen, dass es für uns mit ihnen kein gemeinsames Zusammengehen gibt. Mit der Panzerkreuzerpartei, mit den Polizeisozialisten, mit den Wegbereitern des Faschismus kann es für uns nur Kampf bis zur Vernichtung geben« (*Rote Fahne*, 22.3.1931). Trotzki lehnte die Sozialfaschismusthese ab und forderte ein außerparlamentarisches Zusammengehen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften. In zahlreichen Aufsätzen und Broschüren analysierte er die Situation und warnte eindringlich vor der Gefahr, die von den Nazis ausging (vgl. *Schriften über Deutschland*). Seine Texte erreichten fünfstellige Auflagen und strahlten ins linksbürgerliche Lager aus. Die Linkskommunisten trafen mit ihrer Einheitsfrontforderung eine weit verbreitete Stimmung unter den Mitgliedern der Arbeiterorganisationen. An zahlreichen Orten entstanden »von unten« antifaschistische Komitees und Bündnisse. Wo die Opposition stark genug war, wie in Bruchsal oder Oranienburg, konnte sie selbst solche Bündnisse initiieren. Doch die Parteiführungen von SPD und KPD blieben unnachgiebig und verhinderten ein reichsweites antifaschistisches Bündnis. Als HITLER im Januar 1933 zum Kanzler ernannt wurde, blieb nennenswerter Widerstand aus. Der deutsche L, Mitte der 1920er Jahre ein bedeutender Machtfaktor innerhalb der KPD, war zu einer Randerscheinung zusammengeschrumpft. Die noch bestehenden Strukturen wurden schließlich von den Nazis zerschlagen. Was STALIN begonnen hatte, vollendete HITLER.

3. An der Entdemokratisierung der KPD, die die Linkskommunisten so vehement bekämpften, waren sie selbst nicht schuldlos. Denn in jener Zeit, als der linke Flügel um FISCHER und MASLOW die Parteiführung stellte (1924/25), setzte die »Bolschewisierung« der KPD ein: Die Linken sorgten für eine straffe Zentralisierung und entfernten Kritiker aus einflussreichen Positionen. Damit schufen die Linken Strukturen, die es THÄLMANN später erleichterten, sie aus der Partei zu drängen. Das erklärt auch, weshalb sich ihnen keineswegs alle damaligen Kritiker der Stalinisierung anschlossen: FISCHER und Genossen erschienen vielen KPD-Mitgliedern schlichtweg unglaublich unwürdig.

Einige der Positionen der Linken (Gewerkschaftsfeindlichkeit, Ablehnung jeglichen Bündnisses mit der Sozialdemokratie) waren zudem wenig geeignet, die KPD zu einer Massenpartei zu machen. Als sie in

den Jahren 1924/25 die Politik der Partei bestimmten, führten sie diese in die gesellschaftliche Isolation. Wahlniederlagen und massenhafte Parteiaustritte waren die Folge (vgl. Bois 2014, 142-68). Hinzu kam die innere Heterogenität: »Die Uneinigkeit sogar innerhalb der antistalinistischen kommunistischen Opposition könnte Thema einer eigenständigen Abhandlung sein.« (KESSLER 1998, 94) Sie erleichterte es dem ZK, die Linke auszuschalten: Stets übte die Parteiführung Druck auf das vermeintlich schwächste Glied aus und spielte so die verschiedenen Gruppen gegeneinander aus. Diejenigen, die über wenig Rückhalt in der Partei verfügten, schieden früh aus; stark verankerte Gruppen konnten länger in der KPD verbleiben. Allerdings traf das ZK dabei auch auf einen hilflosen Gegner. Die Angst vor einem Parteiausschluss war in Teilen der Opposition extrem groß. Oft genügte die bloße Drohung, um eine Distanzierung der einen von der anderen Gruppe zu erreichen. Im internationalen Maßstab gelang es der Stalin-Fraktion ebenfalls, die oppositionellen Akteure gegeneinander auszuspielen. Die unter Druck gesetzte Vereinigte Opposition in der SU distanzierte sich zeitweilig von den deutschen Linken und trug damit zur Konsolidierung des Thälmann-ZK bei. Als sie 1927 schließlich auseinanderbrach, verloren die deutschen Linken nicht nur einen wichtigen Bezugspunkt, sondern dadurch wurden auch zeitgleich stattfindende Versuche vereitelt, die Opposition auf internationaler Ebene zusammenzufassen.

4. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in verschiedenen Ländern Gruppierungen, die sich auf den historischen L beriefen, doch niemals dessen Stärke erreichten, etwa der Partito Comunista Internazionale in Italien. Ihm schloss sich mit BORDIGA unter anderem ein Veteran des L an. Nach der Spaltung 1952 nannte sich der Flügel um Bordiga Partito Comunista Internazionale. – Im sowjetischen Einflussbereich spielte der L keine Rolle. In der DDR wurde er entweder verunglimpft oder schlicht ignoriert (vgl. Lokatis 2003, 243 u. 250-54), seine ehemaligen Mitglieder waren Repressionen ausgesetzt (vgl. Wernicke 2001). Diejenigen, die nach dem Krieg der KPD/SED beitraten, wurden bald wieder ausgeschlossen (vgl. Neubert 2000, 38-41 u. 61). Ab den frühen 1950er Jahren begann dann das Ministerium für Staatssicherheit Linkskommunisten der Weimarer Zeit zu observieren.

In Westeuropa erfuhr der L von der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre eine gewisse Beachtung. Auf der Suche nach Alternativen zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus wurden seine Theoretiker wiederentdeckt und neu gelesen. Beispielhaft hierfür steht das Bekenntnis der Brüder COHN-BENDIT:

»Nur Rosa LUXEMBURG, Anton PANNEKOEK und die ›linken Kommunisten‹ (KAPD) bestritten vor und nach der Revolution den Führungsanspruch der Partei zugunsten der Spontaneität und der Selbstorganisation der Massen. [...] Wir treten in die Fußstapfen dieser linksradikalen Gruppen« (1968, 262; vgl. Bock 1988, 516). Am stärksten wahrgenommen wurde die »erste Generation«, die früh mit der Komintern gebrochen hatte. Deutlich weniger rezipiert wurden oppositionelle Kräfte, die sich später innerhalb der KP für einen Kurswechsel einsetzten.

Im Vorlauf und Gefolge der 68er-Bewegung entstand auch ein wissenschaftliches Interesse am L, wie die Arbeiten von Hans Manfred BOCK (1969) oder Rüdiger ZIMMERMANNs Standardwerk über den Leninbund (1978) zeigen. Manche Gruppierungen – wie die Weddinger Opposition der KPD – wurden hingegen erst nach 2000 erforscht (vgl. BOIS 2008 u. 2014). Seitdem wurden auch führende Linkskommunisten zum Gegenstand biographischer Forschung, vgl. etwa Mario KESSLERS (2003, 2013a u. 2013b) Arbeiten über Arthur ROSENBERG, FISCHER und MASLOW sowie die von Lisbeth EXNER und Herbert KAPFER (1998) und Julijana RANC (2004) über das im Umfeld der linken Opposition agierende Künstlerhepaar PFEMFERT und Alexandra RAMM. Über Werner SCHOLEM, den Bruder des Religionshistorikers Gershom SCHOLEM, liegen gleich zwei Arbeiten vor (ZADOFF 2014; HOFFFROGGE 2014). SCHOLEM werde, so Ralf HOFFFROGGE, nach der ›Epochenwende‹ von 1989 »interessant [...] als Gegenfigur und Zwischenfigur in einer Zeit, in der die großen Ideologien und Utopien der Moderne in der Krise stecken« (2014, 12).

In der Tat führte der Zusammenbruch der SU und ihrer Satellitenstaaten zu einer schweren Sinnkrise der europäischen Linken. Allerdings geriet bald darauf auch die Ideologie des freien Markts in die Krise. Die Welt des frühen 21. Jh. ist zunehmend von ökonomischen Krisen, militärischen Auseinandersetzungen und politischen Verwerfungen geprägt. In großen Teilen Europas erstarkt die extreme Rechte. Nicht zuletzt hier lohnt die erneute Prüfung der Analysen und Vorschläge des L zum aufsteigenden deutschen Faschismus: TROTZKI sprach 1930 davon, dieser Bewegung der »konterrevolutionären Verzweiflung« müsse sich eine Bewegung der »revolutionären Hoffnung« (GW 1, 80) entgegensetzen.

BIBLIOGRAPHIE: *Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitagess der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924*, hg. v. d. Zentrale der KPD, Berlin 1924; H.M. BOCK, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923*, Meisenheim am Glan 1969; ders., *Geschichte des ›linken Radikalismus‹ in Deutschland*, Frankfurt/M

1976; ders., »Neuere Forschungen zur Holländischen Marxistischen Schule«, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 24. Jg., 1988, H. 4, 516–38; M. BOIS, »Vergessene Kommunisten. Die ›Weddinger Opposition‹ der KPD«, in: *Jb. für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 2008, 58–67; ders., *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik*, Essen 2014; P. BROUÉ, »Die deutsche Linke und die russische Opposition 1926–1928«, in: A. Schüle u. ders., *Trotzkismus in Deutschland bis 1933. ›Für die Arbeitereinheitfront zur Abwehr des Faschismus‹*, Köln 1989, 7–34; ders., »Zur Geschichte der Linken Opposition (1923–1928)«, in: L. Trotzki, *Schr. 3.1*, 1997, 9–22; G. u. D. COHN-BENDIT, *Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*, a.d. Frz. v. W. Brokmeier u.a., Reinbek 1968; L. EXNER u. H. KAPFER (Hg.), *Pfemfert. Erinnerungen und Abrechnungen. Texte und Briefe*, München 1998; H. GORTER, *Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre: Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus*, Berlin 1920; E. HOBBSBAWM, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (1994), a.d. Engl. v. Y. Badal, 5. A., München 2002; R. HOFFFROGGE, *Werner Scholem – eine politische Biografie (1895–1940)*, Konstanz–München 2014; G. JUNGCLAS, *Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. Eine politische Dokumentation. 1902–1975*, Nachw. v. E. Mandel, Hamburg 1980; Ch. JÜNKE, »Begriffliches, Historisches und Aktuelles zur Einleitung«, in: ders. (Hg.), *Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?*, Hamburg 2010, 7–20; M. KESSLER, »Einheit des Kommunismus?«, in: J. Mecklenburg u. W. Wippermann (Hg.), *›Roter Holocaust‹? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus*, Hamburg 1998, 90–105; ders., *Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943)*, Köln u.a. 2003; ders., *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961)*, Köln u.a. 2013a; ders., *Sektierer, Lernender und Märtyrer. Arkadij Maslow (1891–1941)*, Berlin 2013b; S. KOCH-BAUMGARTEN, »Einleitung«, in: O.K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Hamburg 1986, 9–54; N.N. KOZLOV u. E.D. WEITZ, »Betrachtungen über die Ursprünge der ›Dritten Periode‹: Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik«, in: *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–43)*, hg. v. Th. Bergmann u. M. Keßler, Mainz 1992, 123–42; O. LANGELS, *Die ultra-linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe ›Kommunistische Politik‹ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928*, Frankfurt/M u.a. 1984; S. LOKATIS, *Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht*, Köln u.a. 2003; G. MOLINA, »Linkskommunismus«, *KWM* 4, 1986, 775f; E. NEUBERT, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, 2., erw. A., Bonn 2000; J. RANC, *Alexandra Ramm-Pfemfert. Ein Gegenleben*, Hamburg 2004; A. THALHEIMER, »Deutsches Reich«, in: *Jb. f. Wirtschaft, Politik u. Arbeiterbewegung 1923/24*, [Moskau–Hamburg 1924], 561–608; L. TROTZKI, »Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland« (1930), *GW* 1, 70–98; ders., *Schriften über Deutschland*, hg. v. H. Dahmer, Frankfurt/M 1971; H. WEBER, *Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des*

deutschen Kommunismus, 3.A., Hannover 1961; ders., *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 1, Frankfurt/M 1969; ders., »Trotzki und der Trotzismus«, in: *Jb. für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 2004, 379-90; G.WERNICKE, »Operativer Vorgang ›Abschaum‹. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die deutschen Trotzkisten in den 1950er Jahren«, in: *Anarchisten gegen Hitler. Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil*, hgg. v. A.G.Graf, Berlin 2001, 281-99; M.ZADOFF, *Der rote Hiob. Das Leben des Werner Scholem*, München 2014; R.ZIMMERMANN, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978.

MARCEL BOIS

⇨ Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Bolschewisierung, Brandlerismus, Bucharinismus, Bürokratie, Disziplin, Dogmatismus, Einheitsfront, Gewerkschaften, innerparteiliche Demokratie, internationalistische Bewegung, Kaderpartei, Komintern, Kommunismus, Korschlinie, links/rechts, Linksradikalismus, Linkssozialismus, Marxismus, Marxismus-Leninismus, Marxismus Lenins, Marxistsein/Marxistinsein, Orthodoxie, Parlamentarismus, Räte/Rätesystem, Rätekommunismus, Reformismus, Revolution, revolutionärer Syndikalismus, Sozialfaschismus, Sozialismus in einem Land, Stalinismus, Syndikalismus, Trotzkismus, Ultralinke, Utopie, Zentralismus